

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1866

2.3.1866 (No. 52)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 2. März.

N. 52.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr.
Einkaufsgeld: die gepaltene Zeitung oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karls-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1866.

Badischer Landtag.

† Karlsruhe, 1. März. 11. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Von Seiten der Regierung anwesend: Der Präsident des Kriegsministeriums, Generalleutnant Ludwig, und Geh. Kriegsrat v. Froben.

Nach Eröffnung der Sitzung theilt der Präsident ein Schreiben des Staatsministers der Justiz mit, die Petition der Gemeinden des ehemaligen Amtsbezirks Rheinischhofheim um Befreiung des Amtsgerichts betr., der von Seiten des Staatsministeriums wie der Kammer nicht entsprochen wurde.

Abg. Frick erhält 14 Tage Urlaub.

Beim Sekretariat sind eingetroffen: 28 gleichlautende Eingaben mehrerer Gemeinden der Amtsbezirke Donaueschingen, Engen, St. Blasien, Neustadt, Bonndorf, Emmendingen, Staufen und Freiburg, den Bau der Höllenthal-Bahn betr. Zu gleiche m Betreff eine Eingabe der Gemeinde Eichstetten, übergeben vom Abg. Wenzel.

Die Tagesordnung führt zur Berathung des vom Abg. Moll erstatteten Berichts über die Rechnungsnachweisungen des großh. Kriegsministeriums für die Jahre 1862 und 1863.

I. Die ordentlichen Einnahmen betragen 268,405 fl. 57 kr., abzüglich der Einnahmelasten mit 22,617 fl. 32 kr. also rein 245,788 fl. 25 kr.

Zu § 10 „Verschiedene Einnahmen“ bemerkt der Bericht: „Hier finden wir den Budgetsatz von 10,000 fl. durch die wirkliche Einnahme von 34,100 fl. 58 kr. um mehr wie das Dreifache überfliegen.“

Die Zinsen aus den Durchschnittsfonds betragen allein 14,660 fl. 38 kr., also beinahe schon 50 Proz. mehr wie die Veranschlagung der mittelmäßigen Gesamteinnahme. Dies veranlaßt uns zu der Bemerkung, es mögen doch bei Aufstellung des Budgets überhaupt mehr die bekannten wirklichen Verhältnisse berücksichtigt, wie nur Durchschnittsummen aus vorhergegangenen Jahren zu Grunde gelegt werden. Es kann nur erwünscht sein, die tatsächlichen Ergebnisse später mit den Voranschlägen so weit wie möglich in Einklang und diese selbst ein möglich richtiges Bild von den Einnahmen und Ausgaben geben zu sehen. Genau bekannte Verhältnisse wie hier die Zinsen der Durchschnittsfonds sollten daher nicht außer Acht gelassen werden.“

Geh. Kriegsrat v. Froben findet darin Veranlassung, zu erklären, daß unter diesem Titel fast ausnahmslos zufällige Einnahmen enthalten seien, somit ein Voranschlag nicht maßgebend sein könne.

II. Einnahmen zu Gunsten des Durchschnittsfonds 176,182 fl. 18 kr.

Der eigentliche Staatsaufwand weist unter a. im ordentlichen Etat eine Summe von 5,817,908 fl. 44 kr. und b. im außerordentlichen Etat von 115,780 fl. 44 kr. nach.

Gegenüber den durch das Budget bewilligten Mitteln ergibt sich eine Ersparniß von 107,445 fl. 16 kr., denen noch beizuschlagen sind die Einnahmen zu Gunsten des Durchschnittsfonds mit 176,182 fl. 18 kr., so daß sich die Minderverwendung im Ganzen auf 283,627 fl. 34 kr. stellt.

Bei Tit. III 2b wird im Bericht bemerkt:

„Wenn Ihre Kommission, meine Herren, sich verpflichtet geglaubt hat, wie in früheren Jahren, so auch jetzt bei diesem Titel: „Infanterieregimenter und Bataillone“, den Beurlaubungen der Mannschaften eine besondere Aufmerksamkeit zu schenken und durch obige Ausführung zu konstatieren, daß den wiederholt ausgesprochenen dringenden Erwartungen, es möge durch möglichst zahlreiche Beurlaubungen der Mannschaften das stark belastete Militärbudget, soweit nur irgend thunlich, erleichtert werden, in vorliegender Finanzperiode nur wenig Rechnung getragen ist, so hofft sie davon wenigstens für die Zukunft einigen Erfolg.“

Wir können zwar vom großh. Kriegsministerium, streng genommen, nicht verlangen, daß dasselbe an den einmal bewilligten Mitteln einen Theil erspart; dagegen ist ohne Zweifel eine gewisse Uebung anzuerkennen, und darnach sollte um so mehr mindestens das Einhalten der bisher üblich gewordenen durchschnittlichen Beurlaubung erwartet werden dürfen, als großh. Kriegsministerium bisher gewiß alle Ursache gehabt hat, seinerseits bei der Berechnung des bundesmäßigen Etats und bei so manchen neuen Anforderungen der letzten Jahre ein sehr bereitwilliges Entgegenkommen der Stände anzuerkennen. Wir gestehen nun offen, daß ein solches Entgegenkommen gegenseitig stattfinden sollte, und daß, wenn dies von einer Seite weniger geschieht, auch von der andern Seite die Bereitwilligkeit dazu leicht abgeschwächt werden kann.

Wir möchten in der Zustimmung der Stände zu so manchen bisherigen Aufstellungen großh. Kriegsministeriums eine Art von Kompromiß erkennen, bei welchem die Erwartung größtmöglicher Beurlaubungen ein nicht unwesentlicher Faktor ist; und aus diesem Grund müssen wir im Anschluß an die von der Budgetkommission und der Zweiten Kammer zu der Frage der Beurlaubungen stets eingenommene Stellung auch unverholen aussprechen, daß wir in dieser Hinsicht uns

von den Ergebnissen der Jahre 1862/63 nur wenig befriedigt erklären können.

„Nachdem wir diesen Gegenstand nun übrigens bei diesem Titel näher erörtert haben, werden wir bei den übrigen Truppengattungen darauf nicht zurückkommen, sondern wollen unsere, hier bei der „Infanterie“ begründete Ansicht als eine allgemeine, für alle Waffen geltende, ausgesprochen haben.“

Generalleutnant Ludwig: Beinahe auf jedem Landtag führe dieses Thema zum Meinungsaustrausch zwischen Regierung und Kammer. Der Bericht der Kommission habe dieses Mal der Frage eine Seite abgewonnen, die ihn veranlasse, gegen eine solche Auffassung des Gegenstandes seinen Bedenken Ausdruck zu geben. Bezüglich der Dienststände könne er nur wiederholen, was bereits durch den Regierungskommissar der Kommission auf ihre Anfrage erklärt worden sei. Die Dienststände seien bedeutend verringert, soweit es ohne Benachtheiligung des Dienstes geschehen konnte. Während des Sommers hätten, wie immer, Beurlaubungen bis zu 4 Wochen stattgefunden; eine zweite Urlaubszeit sei die jetzige, gerade vor der Einberufung der Rekruten. Die dadurch erzielten Ersparnisse, die nicht gering anzuschlagen, seien stets der Staatskasse zugeflossen. Die Sommerbeurlaubung sei mehr konstant, die zu dieser Jahreszeit nicht, weil es sich mit dem dienstlichen Interesse nicht verträge. Die Dienststände seien einmal bewilligt zur Erziehung unserer Soldaten, und daran müsse er unbedingt festhalten. Was den im Bericht ausgesprochenen Wunsch betreffe, so enthalte derselbe in seiner Fassung einen Tadel, der um so ungerechtfertigter sei, als das Ministerium nicht das Budget überschritten, sondern bloß im Vergleich zu anderen Jahren eine geringere Ersparniß nachgewiesen habe.

Formell scheine es ihm auch abnorm zu sein, daß nur das Kriegsministerium eine solche Beurteilung erfahre und ebenso nicht konstitutionell, denn ein solches Verfahren enthalte immer eine Kränkung gegenüber der vorigen Kammer.

Daß die Regierung es an einem Entgegenkommen fehlen lasse, müsse er entschieden bejahren; dafür sprächen die namhaften Ersparnisse am lauteften, wie sie auch aus dem vorliegenden Bericht zur Genüge ersieht werden könnten. (Redner bezieht sich auf den Bericht.) Angesichts solcher Resultate dürften ein beratender Tadel nicht am Platze sein und am allerwenigsten in Zweifel gezogen werden, daß die Regierung dem Hause nicht entgegengemessen. Er erkenne daher seinen Wunsch für sehr berechtigt, daß, wenn im nächsten Jahr wieder irgend eine Zahl von Beurlaubungen nachgewiesen werden, die Kammer nicht darüber deliberire, sondern einfach die Thatsache annehme.

Abg. Moll: Die Kammer habe durchaus keinen Tadel, sondern bloß einen geschärften Wunsch aussprechen wollen, welcher gerechtfertigt sei durch die Berechnung des Kommissionsberichts. Daß die Kammer die Rechnungsnachweisungen des Kriegsministeriums einer genaueren Prüfung unterziehe, erkläre sich daraus, weil dieses Ministerium in Verwendung seiner Mittel freiere Hand habe, als jedes andere. Was die Beurlaubungen anlange, so seien diese in Württemberg und Bayern, die unter dem gleichen Bundes-Kriegsgesetz stehen, bei weitem größer. Beurlaubungen seien besonders in volkswirtschaftlicher Beziehung von außerordentlichem Nutzen, von der Annehmlichkeit für den Einzelnen ganz abgesehen. Ferner scheine ihm die Spekulation der Militärverwaltung bei Ankaufen bedenklich. Die Ersparnisse des Ministeriums überhaupt verdienen alle Anerkennung.

Generalleutnant Ludwig: Einen Punkt müsse er noch zur Vermeidung unrichtiger Beurteilung beleuchten. Die Winterbeurlaubungen könnten entschieden nicht vermehrt werden, denn dadurch wären die Geldmittel für die Cadres während dieser Zeit geradezu hinausgeworfen. Eine zweijährige Präsenzzeit sei unbedingt notwendig zur Heranziehung tüchtiger Soldaten und nur im Interesse der Letztern, wenn sie dieser Dienstpflicht ohne Unterbrechung nachkommen. Sei hernach der Soldat beurlaubt, so wisse er, daß er seinen Geschäften wieder ungestört sich widmen könne. Der Schwerpunkt seiner Auffassung liege einzig im Wohle der Konfiskationspflichtigen; Dem entsprechen die jetzigen Verhältnisse, und er müsse darauf bestehen, daß es dabei sein Verbleiben habe.

Abg. Schaaff: Die im Bericht hervorgehobene Beurlaubungsfrage solle sicherlich keinen Vorwurf gegen die Kriegsverwaltung enthalten, was Jedem klar sein müsse, auch ohne die Versicherung des Hrn. Berichterstatters. Das grobe Geschäft der Budgetkommission habe wohl ganz andere Ziele, wenn es auch scheinbar gegen den verantwortlichen Chef des Kriegsministeriums gerichtet sei. Das Maß der Beurlaubung sei bedingt durch die Bundes-Kriegsverfassung, welche den Präsenzstand des Kontingents festsetze; die Ausführung liege aber, wenn er recht unterrichtet sei, nicht beim Kriegsministerium, sondern beim großh. Armeekorps-Kommando, welches dabei die Bestimmungen der Bundes-Kriegsverfassung einzuhalten habe. So wünschenswerth starke Beurlaubungen besonders im wirtschaftlichen Interesse des Landes seien, so müsse doch vor Allem die Ausbildung der Leute zur Kriegsdienst-Tüchtigkeit im Auge behalten werden und dürften die befalligen Bundesnormen nicht bei Seite bleiben. Nur eine

Änderung der betreffenden Bundes-Kriegsverfassung könne den Wünschen der Budgetkommission förderlich sein.

Abg. Beck: Dem Vorredner müsse er bemerken, daß Kammerberichte in diesem Hause nur eine Adresse haben könnten, nämlich die an den verantwortlichen Minister. Er habe in die gegenwärtige Kriegsverwaltung volles Vertrauen, daß sie gewissenhaft bestrebt sei, die drückende Militärlast des Landes thunlichst zu mildern. Dessenungeachtet seien gerade in diesem Zweig fortwährende Dissonanzen, selbst Konflikte kaum zu vermeiden, da man von zwei verschiedenen Gesichtspunkten ausgehe, nämlich die Militärverwaltung vom rein technischen und die Volksvertretung vom finanziellen. Der eigentliche Grund zu der fraglichen Bemerkung im Kommissionsbericht sei ein genereller; es sei die selbst in den großen Militärlaaten des Kontinents mehr und mehr hervortretende Ueberzeugung, daß der Aufwand für Militärdienste mit der Leistungsfähigkeit des Volks und den übrigen Bedürfnissen des Staatslebens in einem bereits zu großen Mißverhältnis ständen. Zur Vermeidung von künftigen Konflikten möchte er raten, einen Normaletat für das Militärwesen aufzustellen und zu vereinbaren; dabei könnten beide Theile nur gewinnen: die Kriegsverwaltung erhielte freie Hand, innerhalb dieses fixen Etats je nach den Anforderungen der Zweckmäßigkeit sich zu bewegen; Volksvertretung und Staatskasse könnten sicherlich bei einer solchen Abfindung nur gewinnen.

Abg. Preinari macht noch eine persönliche Bemerkung anlässlich einiger Aeußerungen des Abg. Schaaff, der von den Ansichten der Budgetkommission besser unterrichtet sein müsse als er, der er doch zu dieser Kommission zähle. Der im Bericht ausgesprochene Wunsch hätte nur der Behörde ausgesprochen werden können, an die er in Wirklichkeit gerichtet sei.

Abg. Schaaff: War Vermuthung, nur Vermuthung.

Alle Positionen der Nachweisungen werden sofort einstimmig für unbeanstandet erklärt.

Schluß 11 1/2 Uhr.

Deutschland.

Karlsruhe, 1. März. Wie wir vernehmen, sollen die in Folge der Vergantung der Affordanten eingestellten Eisenbahnbau-Arbeiten auf der Linie Radolfzell-Stockach nunmehr ohne Verzug wieder in Gange gesetzt werden. Die am 22. v. Mts. vor dem großh. Amtsgericht Stockach gepflogenen Verhandlungen zwischen der großh. Eisenbahnbau-Verwaltung und den Gemeindegliedern und Gantgläubigern, bei welchen erstere durch ein Mitglied des Handelsministeriums vertreten war, haben zur gänzlichen Aufhebung des selbsterhaltenen Affordverhältnisses und zu einem Vergleich geführt, welchem das Ministerium inzwischen die vorbehaltene Genehmigung erteilt hat. Die Baubehörde ist angewiesen, sofort die nöthigen Einleitungen zu treffen, damit der unterbrochene Bau nun thunlichst bald seiner Vollendung entgegengeführt werde.

Zeche, 23. Febr. (Nordb. Z.) Auf Antrag des schleswigischen Gouvernements hatte der hiesige Magistrat gegen den Buchdrucker Pfingsten, als Herausgeber und verantwortlicher Redakteur der „Zeche Nachrichten“, eine Untersuchung wegen verschiedener Artikel eingeleitet, durch welche preussische Offiziere mit der Barman'schen Affaire in Verbindung gebracht worden waren. Vorgefunden hat der Magistrat den Buchdrucker Pfingsten wegen Pasquills in eine Brüche von 500 Mk. Cour. verurtheilt, wogegen der Letztere Rekurs ergriffen hat.

Kiel, 26. Febr. Die herzogliche holssteinische Landesregierung hat zur Abwehr der gegen sie in der Neunzehner-Adresse erhobenen Anschuldigungen eine (bereits telegraphisch signalisirte) Eingabe an den k. k. Statthalter F. v. Frhrn. v. Gablenz gerichtet, deren Wortlaut von dem „Hamb. Korr.“ wie folgt mitgetheilt wird:

Es Excellenz ist es bekannt, daß abseiten des Barons Scheel-Plessen in Altona und anderer 18 Gleichgesinnter eine Adresse an den preussischen Ministerpräsidenten Grafen v. Bismarck gerichtet worden ist, in welcher diese Petenten unumwunden ausgesprochen haben, daß sie das Wohl und das Heil unseres Vaterlandes nur in der Vereinigung mit der preussischen Monarchie erblicken könnten und der Weisheit Sr. Maj. des Königs von Preußen vertrauten, die dahin führenden Schritte zu erwählen.

Obgleich die Landesregierung darüber ihr Bestehen nicht zurückhalten kann, daß holssteinische Untertanen, in Nichtachtung der Bestimmungen der Gasteiner Konvention, sich mit ihren Wünschen und Anträgen einseitig an Sr. Maj. den König von Preußen gemeldet haben, und die Landesregierung sich eben so wenig der Erwägung verschließen kann, daß es den Petenten unmöglich hat entgegen können, daß sie mit jenen ihren Anschauungen hier im Lande isolirt dastehen, so ist es doch nicht die Aufgabe der Landesregierung, nach diesen Richtungen hin einzutreten. Wenn die Petenten aber in der Adresse auszusprechen sich erlauben, daß das gegenwärtige Provisorium in dem Herzogthum Holslein von Umständen begleitet ist, welche mit einem gesicherten und geordneten Zustand der Dinge unvereinbar sind, und deren längeres Fortbestehen das Land nach und nach vollständig demokratisiren würde; wenn die Petenten ferner aussprechen, daß hier Agitationen getrieben werden, deren ausgesprochener Zweck als eine sowohl rechtliche wie moralische Unmöglichkeit erscheint, und jedenfalls dazu

beitragen müßten, den gesunden Sinn der Bevölkerung und ihr Urtheil über ihre heiligsten Interessen zu verwirren, — so sind dies Auslassungen, welche die schwersten Anschuldigungen auf das Land häufen, das Wollen eines gefesselten Zustandes anzeigen, und dadurch die zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung von Ew. Exc. berufene Landesregierung mit den härtesten Vorwürfen belasten. Hat jene Adresse sogar durch die preussische offizielle Zeitung (den „Staatsanzeiger“) eine Veröffentlichung erfahren, so muß die Landesregierung um so mehr sich verpflichtet fühlen, die erhobenen Anschuldigungen zurückzuweisen.

Es ist nicht wahr, daß im Herzogthum Holstein Agitationen gebildet werden, deren ausgesprochener Zweck als eine rechtliche wie moralische Umwälzung erscheint; es ist nicht wahr, daß das Provisorium in dem Herzogthum Holstein von Umständen begleitet ist, die mit einem geordneten und gesicherten Zustand der Dinge unvereinbar sind. Die Landesregierung muß diesen Behauptungen gegenüber vielmehr aussprechen, daß der gesunde Sinn der Bevölkerung und ihr Urtheil über ihre heiligsten Interessen sich nicht haben verwirren lassen, daß die Bevölkerung die Achtung gegen Gesetz und Ordnung, die sie stets beehrt, auch jetzt bewahrt hat. Was aber die Haltung der Landesregierung betrifft, gegen deren Wirken die Anschuldigungen in gleichem Maße gerichtet sind, so muß die Landesregierung es Ew. Excellenz Beurtheilung anheimgeben, ob sie in der Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung ihrer Pflichten Genüge geleistet hat. Sie ist sich bewußt, in den seltenen Fällen einer Ausschreitung abseits der Bevölkerung und der Presse mit Strenge und allein von dem Bestreben geleitet, Gesetz und Ordnung aufrecht zu erhalten, eingeschritten zu sein, und glaubt, daß sie nach besten Kräften bemüht gewesen ist, das Wohl des Landes zu fördern.

Sollte die Landesregierung sich hierin täuschen, so wird es für die Mitglieder derselben geboten sein, um die Einübung von ihren Funktionen zu bitten, und sie gehalten sich diese Bitte für solchen Fall hiermit ehrsüchtig auszusprechen. Werden Ew. Excellenz aber die erhobenen Anschuldigungen für unbegründet anerkennen und die ehrsüchtige Unterzeichnung mit ihren Funktionen ferner betrauen, so erlaubt sich die Landesregierung, welche sich vorbehält, gegen die holsteinischen Unterzeichner der Adresse wegen öffentlich zu ahnender Beleidigung ein gerichtliches Verfahren zu veranlassen, insbesondere mit Rücksicht auf die in Preußen erfolgte amtliche Veröffentlichung der Adresse die ehrsüchtige Bitte:

Ew. Excellenz wollen diese Vorstellung Sr. Kais. Königl. Apostol. Maj. dem Kaiser von Oesterreich zur allerhöchsten Kenntniß zu bringen geneigen.

Kiel, den 23. Februar 1866. Die herzogl. holsteinische Landesregierung.

Kiel, 27. Febr. (Köln. Ztg.) Das Schreiben des Statthalter's Frhrn. v. Gablenz, betreffend die Anerkennung der Verfassung von 1854 und die Berufung einer außerordentlichen Budgetkommission, lautet wörtlich:

Ich bin bisher von der Annahme geleitet worden, die Aufstellung im Lande gehe dahin, daß der ständischen Organisation des Jahres 1854 nunmehr die Aufgabe zufallen solle, durch ihre Mitwirkung ein neues Wahlgesetz in's Leben zu rufen, auf dessen Grundlagen sich eine vereinigte schleswig-holsteinische Landesvertretung zu versammeln dürfte, welcher bei der definitiven Feststellung der Gesetze der Herzogthümer ein entsprechender Antheil einzuräumen sein würde.

Es wurde hierbei jedoch selbstverständlich eine vorgängige Verständigung zwischen den beiden hohen Mitbesthern des Landes vorausgesetzt, und in Ermangelung einer solchen konnte daher auch ein bestimmter Termin für die Einberufung nicht in Aussicht genommen werden. Zu der letzten Zeit ist aber von Seiten vieler und sehr achtungswerther Persönlichkeiten im Lande der Ueberzeugung Ausdruck gegeben worden, daß die Verfassung des Jahres 1854, ungeachtet der mittlerweile eingetretenen politischen Ereignisse, nach wie vor ein vollständig geltendes Landesrecht sei, welches unter dem Schutze der bezüglichen Bundesgesetzlichen Bestimmungen, zumal des Artikels 56 der Wiener Schlussakte, stehe, und auch die Landesregierung stellt sich in ihrem gefälligen Bericht vom 20. Febr. im Wesentlichen auf diesen Standpunkt.

Ich kann unter diesen Umständen um so weniger Anstand nehmen, mich ebenfalls für diese rechtliche Basis auszusprechen und die aus derselben für die kais. Regierung entspringenden Verpflichtungen ihrem ganzen Umfang nach anzuerkennen, als dieselbe dadurch nicht der mindesten Verfahrungsweise gelehrt werden kann.

Ich brauche nach dem Gesagten übrigens kaum noch hervorzuheben, daß ich nunmehr in noch erhöhtem Maße zu der vertrauensvollen Erwartung berechtigt bin, man werde sich allseitig der notwendigen Konsequenzen, welche sich an diese Entscheidung knüpfen, klar bewußt und daher bestrebt sein, das eigene Verfahren danach einzurichten. Den Vorschlägen der Landesregierung wegen Zusammenlegung der zur Beratung des Budgets pro 1866—1867 zu berufenden außerordentlichen Kommission erteile ich ohne Ausnahme meine Genehmigung. Ich weiß den Werth der patriotischen Hingebungen, welche in einer Theilnahme an dieser für das Wohl des Landes so wichtigen Verhandlung liegt, auf das Vollständigste zu würdigen, und bin zugleich persönlich dankbar für die wesentliche Erleichterung, welche mir dadurch in meinem schweren und verantwortlichen Beruf erwächst.

Allen Abänderungsvorschlägen, welche aus dem Schoße der Kommission hervorgehen sollten, verspreche ich im Voraus eine reifliche und unparteiische Prüfung, und ersuche die Landesregierung, mir über den Fortgang der Arbeiten von Zeit zu Zeit eingehenden Bericht zu erstatten. Möge das Resultat derselben dem Lande zum Heil gereichen und dazu dienen, das Vertrauen noch fester zu knüpfen, von welchem mir die Bevölkerung, mit Ausnahme eines bekannten Bruchtheils, dessen neuerliche Kundgebungen zu beurtheilen ich im Bewußtsein treu erfüllter Pflicht mit voller Berücksichtigung jedem Unparteiischen anheimgeben darf, während meiner Amtsführung schon so viele zu den schönsten Erinnerungen meines Lebens gebührende Beweise gegeben hat.

Das „Verordnungsblatt für Holstein“ enthält den Wortlaut des von der holsteinischen Landesregierung bei dem Statthalter gestellten Antrags auf Einberufung einer Kommission von 15 Mitgliedern zur Mitberatung des Budgets, sowie ein Reskript des Statthalter's, in welchem der Antrag der Landesregierung genehmigt wird. Die in Vorschlag gebrachten Notabeln sind: Ahlefeldt-Weterfen, Ahlmann-Kiel, Bockelmann-Netowichhöb, Meyn-Neuendeich, Nolte-Ranzau, Pland-Kiel, Prehm-Kiel, Ranzau-Rastorf, Reinde-Altona, Reventlow-Wittenberg, Schütt-Burg, Schwerdtfeger-Travenort, Versmann-Jehoe, Wiggers-Rendsburg, Wyncken-Bütjenburg.

Kiel, 27. Febr. Die heutige „Schlesw.-Holst.-Ztg.“ enthält an der Spitze ihres Blattes folgende Erklärung:

Gegenüber den von der preussischen Politik auf Vereinigung Schleswig-Holsteins mit Preußen gerichteten Bestrebungen und der Unterstützung, welche dieselben bei einigen Wenigen in den Herzogthümern gefunden haben, erklären wir unterzeichneten Bewohner Schleswig-Holsteins, daß wir an dem Standpunkte der Erklärung, de dato Kiel im Umschlag 1865, unverbrüchlich festhalten. — Kiel, im Fastenmarkt 1866.

Diese Erklärung (welche voraussichtlich im ganzen Land allgemeine Zustimmung finden wird) trägt bereits eine ansehnliche Zahl Unterschriften, darunter auch die zweier Grafen Baubissin, eines Grafen Luckner und einer Anzahl sonstiger adeligen Gutsbesitzer.

Kiel, 27. Febr. Der „Weiser-Ztg.“ wird telegraphisch gemeldet: „Das der ritterchaftlichen Adresse entgegengelesene Exposé der holsteinischen Landesregierung ist nach Wien expedirt, nachdem Frhr. v. Gablenz dem Präsidenten und mehreren Regierungsräthen seine volle Zustimmung zu dem Inhalte desselben ausgesprochen hatte.“ — Wie dem „Dresd. Journ.“ gemeldet wird, ist Holstein dem deutschen Kaisertraktat vom 21. Oktbr. 1850 beigetreten; die österreichische Regierung hat die Mitkontrahenten in Kenntniß gesetzt, daß diese Vereinbarung mit dem 1. März in Wirksamkeit tritt.

Berlin, 28. Febr. (W. K.-Z.) Die „Provinzialkorresp.“ sagt über die Verhandlungen mit Oesterreich: „Das Augustenburgerische Parteitreiben gab Anregung zu Verhandlungen. Preußens Vorstellungen wurden durch eine österreichische Depesche vom 7. Febr. d. J. beantwortet, welche jedoch den preussischen Gesichtspunkten die erwartete Berücksichtigung nicht angedeihen ließ. Diese Depesche blieb preussischer Seite unbeantwortet und wird es wahrscheinlich bleiben. Die Nachricht, Preußen habe ein Ultimatum an Oesterreich gerichtet, ist völlig unbegründet. Allerdings ist zuversichtlich anzunehmen, daß Preußen, seinen Schriftstreit ruhen lassend, desto entschiedener die endliche volle Erledigung der Herzogthümerfrage im Sinne der preussischen und deutschen Interessen herbeizuführen beabsichtigt sein wird.“ — Weiter bemerkt die „Provinzialkorresp.“: „Wahrscheinlich wird wegen der Frage der Donaufürstenthümer eine Konferenz der Großmächte zusammentreten. Preußen widmet der Angelegenheit die lebhafteste Theilnahme vom Standpunkte der deutschen und der europäischen Interessen aus.“

Der heutigen Conferenz wohnten der Gouverneur v. Manteuffel, der Botschafter Graf Goltz, der General v. Moltke, und der Chef des Militärkabinet's, Generalmajor v. Trechow, bei.

Berlin, 28. Febr. Der Ministerpräsident Graf v. Bismarck empfing gestern Vormittag den aus Neustrelitz hier eingetroffenen groß-mecklenburgischen Minister v. Bilow und hatte dann eine Besprechung mit dem diesseitigen Botschafter am französischen Hofe, Grafen v. d. Goltz. Nachmittags waren der Graf v. d. Goltz und der Minister v. Bilow zur königl. Tafel geladen. — Heute Morgen hatte Graf Bismarck eine längere Unterredung mit dem Gouverneur für das Herzogthum Schleswig, Generalleutnant v. Manteuffel. Im Laufe des Vormittags wurde der General von Sr. Maj. dem König empfangen. Mittags hielt der König ein Kabinettsconseil ab, zu welchem auch Hr. v. Manteuffel zugezogen wurde. Den Verhandlungsgegenstand dieser Conferenz soll die Herzogthümerfrage gebildet haben. — Wie verlautet, ist nunmehr die diesseitige Antwort auf die österreichische Depesche vom 7. Februar festgestellt worden. Die betreffende Kundgebung, welche Vorschläge in Bezug auf eine definitive Erledigung der schleswig-holsteinischen Frage enthalten soll, dürfte unverweilt nach Wien abgehen.

Berlin, 1. März. (S. W.) Wie die Morgenzeitungen melden, wurde in dem gestrigen Ministerrath über das Definitivum für die Herzogthümer beraten und Beschluß gefaßt.

Wien, 27. Febr. Die Konferenz in der Frage der Donaufürstenthümer ist bereits geschlossen. Alle Mächte des Pariser Vertrags haben auf die von Frankreich erfolgte Anregung sofort zustimmend geantwortet und nur der Ort, wo die Konferenz zusammentreten wird — voraussichtlich Wien oder Konstantinopel — ist noch nicht bestimmt. Das thatsächliche Material dürfte ihr zum großen Theil durch die Erhebungen zugeführt werden, welche gemäß eines von der Pforte an die Vertragsmächte gestellten und auf die Festsetzungen eines Protokolls vom Jahr 1859 sich stützenden Antrags ein Kommissär der sügeränen Macht unter Zugiehung von Delegirten der übrigen Mächte an Ort und Stelle vorzunehmen haben wird. Die Depesche, in welcher die Pfortenregierung den betreffenden Antrag stellte, dürfte zwischen gestern und heute von Konstantinopel abgegangen sein, nachdem sein wesentlicher Inhalt schon durch ein identisches Telegramm der dort residirenden Vertreter der Vertragsmächte voraus befördert worden. Die Pforte hat übrigens gleichzeitig Sorge getragen, schon jetzt zu betonen, daß sie fortgesetzt auf dem Boden des (von den Vertragsmächten genehmigten) Ferman's steht, in welchem sie im letzten Monat des Jahres 1861 die Personalunion zwischen den beiden Donaufürstenthümern ausgesprochen.

In der Herzogthümerfrage sind bisher irgendwelche formelle Eröffnungen aus Berlin nicht eingetroffen. Man sieht ihnen aber mit dem festen Entschluß entgegen, keinerlei weitere Konzession zu machen, welche der Stellung Oesterreichs in Deutschland Eintrag thun könnte. In dieser Frage ist das ganze Kabinet einig, und die Stimmung speziell in Ungarn spiegelt sich deutlich in der Rede der Adressdebatte, in welcher Deal mit Nachdruck die Wahrung der Machtstellung des Kaisers betont. Uebrigens will man hier aus bester Quelle wissen, daß von irgendwelchen kriegerischen Vorbereitungen in Preußen nicht die Rede sei.

Wien, 28. Febr. (Fr. Z.) Baron v. Wertheimer hat keine dem Wiener Kabinet mitzuhaltende Depesche, sondern nur die

Anzeige von der bevorstehenden Entsendung des Generals v. Manteuffel nach Wien erhalten.

Wien, 1. März. (W. K.-Z.) Die amtliche „Wien. Ztg.“ enthält ein königl. Reskript vom 27. Febr. auf die Repräsentation des kroatischen Landtages. Dasselbe lehnt die betreffs der Rekrutierung ausgesprochene Bitte ab, die dahin geht, die bereits für Kroatien und Slavonien angeordnete Rekrutierung so lange auszusetzen, bis der Landtag die darauf bezugnehmenden Bestimmungen festgesetzt habe.

Ein Reskript vom gleichen Tage auf die Adresse des kroatischen Landtags fordert zur sofortigen Wahl einer Deputation des kroatischen Landtags auf, welche mit einer Deputation des ungarischen Landtags über das gegenseitige staatsrechtliche Verhältnis beider Länder und über das Verhältnis derselben zum Gesamtreich zu unterhandeln hat. Das Reskript lehnt ab, vor Feststellung dieser Verhältnisse auf eine weitere Erörterung der Frage über die Vereinigung Dalmatiens und Kroatiens mit Ungarn einzugehen, und erklärt: Die Rücksicht auf die Wehrkraft der Monarchie gestattet nicht, die Militärgrenze in den Rahmen der kroatischen Verfassung aufzunehmen und die bestehende Organisation aufzuheben. Das Reskript fordert schließlich auf, zu den die Lösung der für alle Reichsvölker gleichgewichtigen Fragen bedingenden Maßnahmen umgäumt zu schreiten.

Italien.
Florenz, 1. März. (W. K.-Z.) In der gestrigen Sitzung berathete die Abgeordneten-Kammer über den Antrag Mancini's auf Anstellung einer parlamentarischen Untersuchung über die öffentliche Verwaltung von 1859—1866. Das Ministerium erklärte, dem Antrag zuzustimmen.

Frankreich.

Paris, 28. Febr. Der „Abendmoniteur“ schreibt: „Die Ereignisse von Bukarest haben von neuem die Aufmerksamkeit auf die Donaufürstenthümer gelenkt. Nicht zum ersten Mal seit den Pariser Konferenzen erheben sich Schwierigkeiten auf diesem Gebiet. Sie wurden jedoch immer durch Verständigung zwischen den Großmächten und der Pforte beigelegt. Man kann sich dem Glauben hingeben, daß die Höhe, welche die Konvention vom 19. Aug. 1858 unterzeichnet haben, wie früher, jeder weiteren Verwickelung vorzubeugen wissen werden. Schon bevor sie sich beraten haben, waren sie einmüthig der Ansicht, daß die durch die Abdankung des Fürsten Kusa aufgeworfenen Fragen vor eine europäische Konferenz zu verweisen seien. Der Graf v. Flandern hat die Krone zurückgewiesen, die ihm im Namen der Fürstenthümer angeboten worden war. Hoffen wir, daß die provisorische Regierung sich bemühen wird, Alles, was die Aufgabe der Kabinette erschweren kann, zu vermeiden, und nichts vernachlässigen wird, was die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu sichern vermag.“

Der „Temps“ meldet, daß der Graf v. Flandern gestern Paris verlassen hat, um seine Reise nach Rom fortzusetzen, wo er beabsichtigt, das Osterfest zu verleben. Er fährt gleichzeitig, daß der belgische Prinz während seines Aufenthalts in Paris durchaus keine offizielle rumänische Deputation empfangen hat. Er scheint jedes Zusammentreffen mit der offiziellen Welt sorgfältig vermeiden zu haben. — Die H. H. Clément Duvernois und H. Vermorel, die beiden mit Emil de Girardin aus der „Presse“ zurückgetretenen Redakteure, werden von morgen an die, trotz ihrer Rheinsehnucht, bis auf ein Minimum von Abonnenten herabgemagerte „Liberté“ übernehmen und voraussichtlich wieder zu neuen Kräften bringen. Auch Girardin selbst soll an dem Unternehmen theilhaftig sein.

Der „Bays“ erzählt aus Guadeloupe unterm 7. d. M., daß die Cholera dort fortwährend im Abnehmen ist, ohne jedoch schon ihren epidemischen Charakter aufgegeben zu haben. Man zählt noch etwa 35 Todesfälle täglich. — Der „Patrie“ gehen Nachrichten aus dem Stillen Ozean zu, denen zufolge die spanische Dampffregatte ersten Rangs, „Almonza“, vor Valparaiso zum spanischen Geschwader gestoßen war, welches am 25. Jan. aus 5 Dampffregatten und 1 Panzerfregatte außer den andern kleineren Kriegsschiffen bestand. — Rente 69.44, Cred. mob. 681.25, Ital. Anl. 61.30.

Paris, 28. Febr. Adressdebatte des Gesetzgeb. Körpers vom 27. Febr.

Erster Redner ist Latour-Dumoulin, der gewissermaßen das Programm der neuen parlamentarischen Fraktion aufstellt, die zwischen der Majorität und der Minorität des Hauses eine abgesonderte Stellung auf gemäßigtem liberalen Boden annehmen zu wollen anfängt. Von vornherein erklärt Hr. Latour-Dumoulin, daß er und seine Freunde keineswegs vor Opposition überzugehen beabsichtigen. Sie verlangen weder die Einführung des englischen Systems, noch eine Verfassung, wie sie in Spanien, Belgien etc. besteht, noch selbst das Aufgeben der offiziellen Kandidaturen, sondern sie wollen weiter nichts, als eine gewisse Initiative für die Kammer, das allgemeine Recht für die Presse, die ministerielle Verantwortlichkeit, eine ernstliche Kontrolle in Finanzangelegenheiten, und eine Abänderung in den Bestimmungen über das Amendementrecht. Er schließt, nachdem er sein Verlangen in gemäßigter Form begründet hat, mit folgenden Worten: Wenn ich mich an den Kaiser wenden dürfte, da er allein verantwortlich ist, so würde ich ihm sagen: Sie haben bereits viel für Frankreich gethan; Sie könnten noch mehr thun, Sie könnten durch Bewilligung von gerechten Freiheiten seine Zukunft sichern. Wir verlangen einzig, daß es uns vergönnt sei, eines hoffentlich entfernten, aber nicht vorherzusehenden Tages, bei der Thronbesteigung Napoleon's IV., unter dem Jubel des Volkes und ohne Besorgniß, auf allzu ernstlichen Widerstand zu stoßen, zu rufen: „Es lebe der Kaiser!“

Hierauf sprach P. a. m. a. r. b. gegen die Gefahren, welche dem Kaiserreich von Seiten der Koalition der legitimistischen und der demokratischen Parteien und der sie benützbenden unreinen Elemente drohen. Er verlangt behäblich keine größeren Freiheiten für die Nation, sondern im Gegentheil eine schärfere Beaufsichtigung des verdaßlichen Treibens der Koalition, welche die Brandthat der Zwietracht in das Volk schleudern will. Der Kaiser wird später schon wissen, wann der Augenblick für etwaige Reformen gekommen ist etc. Eine ungemene Heiterkeit im ganzen Hause, selbst auf der Ministerbank und der äußersten Rechten, rief der überschwengliche Panegyrikus hervor, den Hr.

Parnaz auf die ganze Serie der Redeminister, die sich abgelehnt haben, losließ. Dr. Parnaz hatte das Unglück, u. A. Hr. Baroche durch ein unfreiwilliges Wortspiel zu verberlichen, das in den Annalen der parlamentarischen Beredsamkeit noch lange ein in besonderem Ehrenplatz einnehmen wird. Er wollte nämlich sagen, daß Hr. Baroche sich von den Räben des Sprechministeriums in das Justizministerium zurückgezogen habe, und drückte sich dabei folgendermaßen aus: ... „il est allé chercher une honorable retraite en acceptant l'héritage de l'Hôpital (des berühmten Parlamentskanglers; heißt aber auch: des Spitals).“

Nach ihm, und wahrscheinlich durch einzelne Maßlosigkeiten gereizt, ergreift Glais-Bizoin das Wort, um, wie er sagt, die Wünsche und Bedürfnisse des Landes kundzugeben, und bei Beurtheilung der allgemeinen Leitung der öffentlichen Angelegenheiten die Wahrheit an die Stelle der Schmeichelei treten zu lassen. Er geht nun zunächst die Großthaten der auswärtigen Politik durch, auf welche der „Verfasser der Thronrede“ (wie er den Kaiser beherlich nennt) so stolz herniederblide, wie Gott am siebenten Tage auf die von ihm geschaffene Welt. Nichts findet Gnade vor seinen Augen: Polen und Dänemark wurden im Stich gelassen, Rom wird geräumt, nachdem man gleich sehr den Haß der Ultraliberalen, der Römer und der Italiener auf sich gezogen, und mehr als 400 Millionen während 17 Jahren dort ausgegeben hat. Nach Cochinchina ist man nur gegangen und bleibt mit schweren Kosten dort, um derselben Herrschaft zu gefallen. In Mexiko glaubt „der Verfasser der Thronrede“ auch ein großes Werk vollbracht zu haben, indem er einen Thron errichtete, der auf dem Volkswillen und auf dem Schutz vom 40,000 französischen Bajonetten ruht. Hier wird Glais-Bizoin von dem Präsidenten, der meint, es sei von dem französischen Kaiserthron die Rede, zur Ordnung gerufen. Nach verschiedenen Hin- und Herreden klärt sich das Mißverständnis auf. Die Nachrichten, welche man über die Konsolidierung der Zustände in Mexiko veröffentlicht, können die Besorgnisse der französischen Geschäftswelt und des denkenden Theils des Landes nicht beschwichtigen; man vergleicht unwillkürlich dieses Unternehmen mit dem spanischen Verzuge des ersten Kaiserreichs, „der ebenfalls von einem Senat, welcher noch nicht alle Niedrigkeit und Feigheit mit sich in die Grust genommen hatte, als denkwürdig erklärt wurde“. Glais-Bizoin behandelte überhaupt die meritanische Frage mit einer Bitterkeit, die einen direkten Gegensatz zu der allgemein verbreiteten Ansicht bildet, die Opposition werde aus patriotischen Gründen auf diese delicate Angelegenheit sich nicht näher einlassen. Das Ministerium — sagt er —, das eine solche Expedition angetrieben hätte, wäre unter einem parlamentarischen Regiment schon lange von der Entlastung der Kammer und des Landes gestürzt. (Allons donc!) Man hätte der Regierung gesagt: Ihr habt in verhängnisvoller Weise die Hand Frankreichs in's Spiel gebracht; zieht sie zurück und seht Euer falsches Selbstgefühl und Eure falsche Ehre an die Stelle. Aber Sie, wie wollen Sie heute herauskommen? Meine Sache ist dies nicht (Ah ha!), sondern die Ihrige. Allein ich würde gern diese Expedition als eine Wohlthat der Vorsehung ansehen, welches auch ihr Ausgang wäre, wenn sie meinen Lande zur Lehre dienen würde, daß die Ursachen der Unglücksfälle des ersten Kaiserreichs sehr schnell vergessen hat, und wenn es sich foran erinnern wollte, daß die größte Gefahr für eine Nation darin besteht, ihre Geschichte dem Willen eines Einzigen anheimzugeben.

Diese Aeußerungen erzeugen großes Mißfallen, und Graf Walewski erklärt zu verschiedenen Malen, daß der Redner die Gefühle der Kammer verlese. Eben so heftig tritt derselbe aber bei Besprechung der innern Angelegenheiten, namentlich der Preßsachen, auf. Schon jetzt wird zu verschiedenen Malen nach Schluß gerufen. Allein der Sturm erreicht seinen Höhepunkt, als Glais-Bizoin in sehr ergößlichen Worten die stete Angst des Ministers des Innern bespricht, „der wie ein Hase auf dem Lager die Ohren spitze und jedes Wort, das in Frankreich gesprochen und gedruckt werde, überwache.“ Besser wäre es, wie ihm auch Jemand gerathen, ein halbes Jahr lang Augen und Ohren zu schließen, das große Kaiserreich werde darum doch eben so gut vorwärts kommen. Furchtsame Leute hätten aber im Dunkeln doppelte Angst, und darum wäre es vielleicht noch zweckmäßiger, auf unbestimmte Zeit den Minister und die verantwortliche Gewalt zu „Ahorformiren“.

Rouher fällt ihm ins Wort: Wenn man die gemeinen Hanswurstereien (pasquinades) Achorformiren könnte, so wäre dies kein Unglück. Das ist keine Politik mehr, das sind Possenrederien (pasquinades). Es erhebt sich lebhafter Widerspruch in der Umgebung Glais-Bizoin's, während zahlreiche Stimmen „C'est vrai! très bien!“ rufen. Garnier Pagès, Jules Simon, Pelletan verlangen, daß der Minister zur Ordnung gerufen werde. Auch Em. Ollivier bespricht das Recht des Ministers, einen solchen Ausdruck zu gebrauchen, während der Abg. Dibier vor die Ministerbank tritt und ausruft: „Sie haben Recht gehabt, Hr. Minister!“ Inmitten des Lärmes gibt Präsident Walewski dem Rufe nach Schluß Folge und läßt durch die Majorität den Schluß der allgemeinen Diskussion befehlen. Nun erhebt sich ein neuer Lärm, da die Mitglieder der Opposition behaupten, sie hätten gar nicht gehört, daß über den Schluß der Diskussion abgestimmt werden solle. Glais-Bizoin, der bereits die Worte des Ministers mit tiefer Geringschätzung (avec un suprême dédain) zurückgewiesen hat, will nicht auf das Wort verzichten, das man ihm nur für den Fall entziehen kann, daß er vorher zweimal zur Ordnung oder zur Frage zurückgerufen worden ist. Der Präsident behauptet, unter Zustimmung zahlreicher Mitglieder, daß er in ganz regelmäßiger Form die Diskussion geschlossen habe. Inmitten eines gränlichen Tumultes, in welchem Hr. Rouher mit der drohenden Bemerkung austritt, daß die Regierung sich jederzeit Achtung zu verschaffen wissen werde, wird die Sitzung aufgehoben.

Die Diskussion der einzelnen Paragraphen des Adressentwurfs wird in der nächsten Sitzung beginnen.

Paris, 1. März. (W. L. B.) Bei Berathung des ersten Paragraphen des Adressentwurfs tadelte Jules Favre die Kündigung des englisch-französischen Vertrages wegen Auslieferung der Verbrecher. Rouher antwortet darauf, Garnier Pagès entwickelt ein Amendement gegen die weltliche Gewalt des Papstes. Morgen Fortsetzung der Debatte.

Spanien.

Madrid, 27. Febr. Der Ministerpräsident hat dem Kongreß einen Gesetzentwurf vorgelegt, wodurch die Stärke des stehenden Heeres für's Jahr 1866 auf 85,000 Mann festgestellt wird.

Belgien.

Brüssel, 27. Febr. (Kön. Ztg.) In Folge eines äußerst seltenen Zusammenstehens haben Abgeordnete aus

und Senat in ihren heutigen Sitzungen je eine ho hwichichtige Entscheidung gefaßt. Die Kammer hat einstimmig und ohne Debatte das Gesetz auf Abschaffung der Wegzölle (droits de barrières) genehmigt, während der Senat den auf das Vorgehen der Arbeiterkoalitionen bezüglichen Art. 347 des Strafgesetzbuchs einfach gestrichelt hat. Der von der Justizkommission dahin gestellte Antrag, welchen der Justizminister Bara sich angeschlossen hatte, wurde gleichfalls ohne Diskussion und mit Einhelligkeit genehmigt. Um den Arbeitern den aus diesem Beschluß für sie erwachsenden Vortheil nicht bis zur Veröffentlichung des revidirten Strafgesetzbuchs, die noch Jahre lang anstehen kann, vorzuenthalten, hat man sich dahin geeinigt, die betreffende Reform in einem besondern Gesetzentwurf niederzulegen, der unverzüglich in beiden Kammern eingebracht werden und unmittelbar nach der Genehmigung in Kraft treten wird.

Rußland und Polen.

Warschau, 28. Febr. (W. L. B.) Ein kaiserl. Ulas gestatlet, die mit einem russischen oder polnischen Universitätsdiplom versehenen Israeliten zum Zivildienst in Polen mit Benützung allgemeiner Rechte zuzulassen.

Großbritannien.

London, 27. Febr. Aus Dublin wird von gestern Abend telegraphirt, daß bei einer Inspektion der Gefängnisse durch Offiziere der Dubliner Garnison 5 in Zivilkleidung verhaftete Individuen als Deserteure aus englischen Regimentern erkannt wurden. Sie wurden natürlich den Militärbehörden zur Bestrafung übergeben. Von weitem Verhaftungen meldet dieselbe Quelle neben mehreren andern die eines Sergeanten der irischen Miliz zu Belfast und die dreier Wirthe zu Sligo. — Am Samstag sind, wie man aus Dublin schreibt, sechs in dieser Stadt auf Urlaub befindliche Soldaten verhaftet worden, unter der Anklage, von ihren Regimentern derjertirt und zu den Feinern übergegangen zu sein. — Nach mehrmonatlicher angestrengter Nachforschung ist es endlich gelungen, des Hauptes (Head-centre) der Verschwörung in der Grafschaft Carlow, John Morris, habhaft zu werden. Mit dieses Mannes Gefangennahme, auf die ein Preis von 100 Pf. Strg. gesetzt war, hat die Sache der Feinern in jener Grafschaft einen härtesten Stoß erlitten.

London, 27. Febr. Parlarmentsverhandlungen vom 26. Februar.

Im Oberhause fragt Lord Lyttelton an, ob die Regierung nicht eine Maßregel beabsichtige, um den katholischen Klerus Irlands aus Staatsgeheln zu besorgen. Earl Russell erwiedert, daß eine solche Maßregel einst Staatsmännern wie Pitt und Castlereagh als wünschenswerth vorgeschwebt habe. Allein heutzutage herrsche in zahlreichen Kreisen der größte Widerwille gegen alle staatliche Subsidierung von Kirchen und Geistlichen; ein Vorschlag der Art würde auf die stärkste Opposition stoßen und nicht erörtert werden können, ohne bittere Religionsstreitigkeiten zu erzeugen. Er fürchte auch, daß der katholische Klerus, der dem Feinertum gegenüber die Sache des Rechtes und der gesellsch. Ordnung nach besten Kräften vertreten habe, durch eine Bezahlung aus der Staatskassa den größten Theil seines Einflusses auf das Volk einbüßen würde. Er glaube daher nicht an die Richtigkeit eines solchen Gesetzentwurfes. Der Marquis of Clanricarde bedauert, daß die Regierung dem Vorschlag mit einer so entschiedenen Verneinung entgegenetrete. Angesichts der reichen Dotierungen, welche die Kirche der protestantischen Minorität in Irland genieße, klinge es wie reine Ironie, den Widerwillen gegen staatliche Subsidierungen als Grund und Entschuldigung dafür anzuführen, daß für den Gottesdienst der katholischen Majorität Irlands gar nichts geschehe. Earl Grey zeigt an, daß er am 9. März ein Komitee des ganzen Hauses zur Berathung über die Lage Irlands beantragen und in diesem Komitee, falls es genehmigt werden sollte, gewisse Resolutionen in Vorschlag bringen werde. Lord Dunsany bemerkt, der Umstand, daß der katholische Klerus auf die Gaben der ärmsten Volksklasse angewiesen sei, müsse auf den Ton seiner Predigten einen Einfluß üben. So lange der Klerus mißvergnügt sei, werde auch die Gemeinde nicht vergnügt werden. Seiner Meinung nach sollte der Staat dem kathol. Klerus eine Subsidie anbieten. Gleichviel, ob sie angenommen werde oder nicht. England werde dann jedenfalls das Seine gethan haben.

Im Unterhause stellt Mr. White folgenden Resolutionsantrag: „Daß die Staatsausgaben in den letzten Jahren übermäßig geworden seien; daß die Kosten größtentheils aus dem Erwerb des Volks bestritten worden seien, und noch immerfort bestritten würden, und daß sie einen Abzug verursachten von der geringen Summe, die erforderlich sei, um der Bevölkerung ein genügendes Maß nicht nur der Bequamschaften des Lebens, sondern der allernöthigsten Lebensmittel, wie Speise, Kleidung, Obdach und Feuerung zu sichern. Daß dieses Haus, während es seiner Verpflichtung eingedenk bleibe, für die Sicherheit des Landes im Innern und den Schutz seiner Interessen gegen außen zu sorgen, tief durchdrungen ist von der dringenden Nothwendigkeit der Sparsamkeit in allen Departementen des Staats, und der Meinung ist, daß keine Regierung das Vertrauen des Hauses und des Landes verdient, wenn sie nicht durch eine halbjährige und beträchtliche Reduktion der Staatsausgaben den gegenwärtig auf den unvertretenen wie andern Klassen lastenden Steuerdruck erleichtert.“ Der Antragsteller erklärt, daß er mit diesem Antrag keine Feindseligkeit gegen die Regierung an Tag legen wolle, aber daß die eben vorgelegten Voranschläge von demselben Zustande der Verschwendung diktiert seien, wie die der vorigen Jahre. Niemand habe sich wärmer für das Prinzip der Einschränkung ausgesprochen, als der Schatzkanzler; und an den neugewählten Mitgliedern werde es sein, im Bunde mit den Sparsamkeitmännern im Hause den sehr ehrenwerthen Gentleman (Gladstone) beim Wort zu nehmen.

Der Schatzkanzler erinnert daran, daß die Armeeveranschläge eine beträchtliche Reduktion aufwiesen. Direkt lasse sich das Zuviel der Armeekosten auf die Kolonialpolitik zurückführen, indem Neuseeland allein bald ein Zwölftel, bald ein Zehntel der ganzen britischen Heeresmacht beschäftigt habe. Ohne die Bewilligung der Ausgabe für die von einem vorjährigen Sonderausfuß empfohlenen Bauten würde auch die Reduktion in den Flottenveranschlägen bedeutender ausgefallen sein. Was den vorliegenden Antrag betreffe, so könnten allgemeine Erklärungen manchmal von guter Wirkung sein; oder Hr. White, der sich den seligen Hrn. Hume zum Vorbild nehmen wolle, müsse bedenken, daß Hr. Hume sich nicht etwa in vagen unbestimmten Er-

klärungen erging, sondern die Details aller Ausgabendepartements an den Finzerstücken halte. Das Haus werde finden, daß die Regierung keine eingehende und kritisch prüfende Ertörung ihrer Maßregeln scheue. — Mr. White nimmt hierauf mit Erlaubniß des Hauses seinen Resolutionsantrag zurück, und das Haus geht in Substanz zu mite.

London, 1. März. (W. L. B.) Der „Globe“ ist zu der Erklärung ermächtigt, die von der „Times“ gemeldeten Gerüchte über den Rücktritt des Lord Russell als eine Erfindung zu bezeichnen.

Baden.

Marau, 28. Febr. Im hiesigen Hafen sind angekommen: Schlepper „Deutschland“ mit Schiff „Königin Auguste“, Ladungsfähigkeit 12,600 Ztr., und Schiff „Berlin“, 7973 Ztr., mit Kohlen für Birmaher, Kunz u. Komp.; Schlepper „Rubrott III.“ mit Schiff „Hoffnung“, Ladungsfähigkeit 5200 Ztr., und Schiff „Fortuna“, 6239 Ztr., gleichfalls mit Kohlen für A. Winter. Abgegangen ist Schiff „Mannheim“ mit 3600 Ztr. Eisen nach Köln.

Heidelberg, 25. Febr. (Rhein. Z.) Unter andern erneuerten polizeilichen Gesetzen und Verordnungen ist für die hiesige Stadt auch eine neue Bauordnung erschienen. Diefelbe enthält nicht nur die nöthigen Vorschriften über die Ausführung neuer Gebäude von Haupt- und Hintergebäuden mit ihren Accessorien, sondern auch über die Errichtung aller sonstigen Bauanlagen, z. B. Brunnen, Wassergruben, Senkflöber, Dungguben, Giskeller, Hof- und Gartenmauern, Kanälen, Brücken, Gehwegen, Abweisseinen u. c. — Auch hier steht wieder, in ähnlicher Weise wie in Karlsruhe, eine Gunde sperre in Aussicht, da sich in den nahegelegenen Orten Handschuchheim und Dossenheim wühende Hunde gezeigt haben, von denen andere gebissen worden sind. — Frau Garcia hat in ihrem vorgestrigen Konzert einen solchen Beifall geerntet, wie dieses wohl seit Jenny Lind's Zeiten keiner Sängerin mehr zu Theil geworden ist. Besonders gut gefallen einige von ihr vorgetragene spanische Romanzen. — Gestern Abend brachte eine große Anzahl Studirender dem neugewählten Professor, Kirchenrath Prof. Hühig, trotz eines ziemlich starken Regens einen solennen Fackelzug.

Baden, 26. Febr. (Oberh. Kur.) Der hiesige Kunstverein ist in seiner Leistungsfähigkeit im vergangenen Jahr etwas zurückgegangen. Die Zahl der Mitglieder im Jahr 1864 betrug 237, im vorigen Jahr minderte sich dieselbe um 19; die Kaufkraft der Kunstliebhaber hat abgenommen, und auf der andern Seite hat sich die künstlerische Produktion gesteigert. Die Aussicht auf sicheren Verkauf von Bildern ist hier nicht sehr groß, weil die Fremden im Sommer zu rasch wechseln und auch als Bewohner großer Städte vielfach verwöhnt sind. Viele Maler ziehen daher die Beschäftigung großer Ausstellungen an Hauptorten des Verkehrs vor. Um so dankenswerther war unter diesen Verhältnissen die Anordnung des Großherzogs, wornach treffliche Gemälde aus Karlsruhe von Zeit zu Zeit hier ausgestellt wurden. Im verfloffenen Jahr haben, mit Ausschluß der Mitglieder, 1300 Personen die permanente Ausstellung besucht; im Sommer bezahlte jeder Fremde 1 Frank, in den Wintermonaten 18 Kreuzer Eintritt. Die Gesamteinnahme des Vereins betrug 2178 fl. 55 kr., 573 fl. 39 kr. weniger als im Jahr 1864; die Gesamtausgabe belief sich auf 2063 fl. 40 kr. Zur Ausstellung gelangten 211 Gemälde, von welchen 16 theils an Fremde, theils für die Mitgliederlotterie, theils für die allgemeine Verloofung im Gesamtbetrag von 1598 fl. verkauft wurden.

Vermischte Nachrichten.

München, 27. Febr. (Bayr. Bl.) Heute Morgen hat in einem Anfall von Schwermuth einer der geachteten Bürger hiesiger Stadt, Hr. Schimon, Besitzer des „Hotel zu den vier Jahreszeiten“, sich den Tod in den Wellen der Isar gegeben, nachdem er noch wenige Stunden zuvor Geschäfte in der Stadt befristet hatte.

Lübeck, 27. Febr. Die Bürgerschaft hat heute die Senatsvorlage, betreffend den Bau einer Eisenbahn von hier nach Travemünde, mit 54 gegen 51 Stimmen abgelehnt; jedoch zugleich den Senat ersucht, eine neue Vorlage der Art zu machen, sobald die dänische Südbahn, die auf Saaland enden soll, gesichert sein wird und mit Travemünde in Verkehr gesetzt werden kann.

Altona, 27. Febr. (Eisen. Z.) Durch seinen Anwalt Dr. Schmidt leitete Herr v. Schel-Plessen wegen eines Artikels der „Schl.-Höfl. Ztg.“ (derselbe beschuldigte die Unterzeichner der ritterschaftlichen Adresse der Aufreizung zum Aufruhr u.) eine Injurienklage gegen deren nominellen Redakteur, Herrn Dingworth, ein.

Apenrade, 25. Febr. Die heutige Nummer der „Apenrader Nachrichten“ ist polizeilich mit Beschlag belegt worden.

Wien, 28. Febr. Meyerbeer's „Africainen“ hatte bei der geführten ersten Aufführung im Hofoperntheater einen ganz außerordentlichen Erfolg. Die Darstellung, sowie die Inszenierung waren vortrefflich.

Die kaiserliche Genehmigung für die Abhaltung der internationalen Ausstellung in Wien für das Jahr 1870 wird heute amtlich veröffentlicht.

Paris, 23. Febr. In Toulon ist wieder ein Cholerafall vorgekommen. Die Bretagne und das Département des Pas de Calais werden noch immer von dieser Epidemie heimge sucht. Man besfürchtet, daß sie auch wieder nach Paris kommen könnte.

London, 27. Febr. Das Telegramm, welches gestern die Uebergabe der Kanonen von Bhutan meldete, hat den Weg von Calcutta zum hiesigen Indischen Amte in dem Zeitraum von 21 Stunden zurückgelegt. Es möchte dies eines der Beispiele der schnellsten Beförderungen zwischen jenen Punkten sein, die überhaupt in letzter Zeit vorgekommen sind.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Fern. Koenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag 2. März. 1. Quartal. 29. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Male wiederholt: **Sans Lange;** Schauspiel in 5 Akten, von Paul Heysse.

Sonntag 4. März. 1. Quartal. 30. Abonnementsvorstellung. **Faust;** Tragödie in 5 Akten, von Göthe.

Dienstag 6. März. Mit allgemein aufgehobenem Abonnement. Erste Gastdarstellung der königl. bayrischen Hofopernsängerin Fräulein Stehle: **Tannhäuser und der Sängerkrieg auf der Wartburg;** große Oper in 3 Akten, von Richard Wagner. „**Elisabeth**“ — Fräul. Stehle.

3.e.604. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Es wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß für den direkten Güterverkehr zwischen der großh. bad. Staatseisenbahn einerseits und der Main-Neckar-Bahn...

3.e.665. Nr. 1814. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Die allmähliche Einlösung der 3 1/2% Rentenscheine betr. In Gemäßheit des Gesetzes vom 12. Februar 1856...

3.e.676. Karlsruhe.

Abend-Unterhaltung.

für das Gesamt-Publikum im großen Saale des Museums. Zum Vortheil des badischen Frauen-Vereins, des Sophien- und Elisabethen-Vereins.

3.e.677. Karlsruhe.

Abend-Unterhaltung.

für das Gesamt-Publikum im großen Saale des Museums. Zum Vortheil des badischen Frauen-Vereins, des Sophien- und Elisabethen-Vereins.

3.e.683. Karlsruhe.

Druckungen über Wasser- und Straßenbau.

zu den Vorträgen des Professors Baumeister am großh. Polytechnikum. 60 Blatt gr. Fol. 15 fl.

3.e.543. Verdun.

Institut Daulte-Landerer zu Verdun (Waadtländer).

In dieser Anstalt werden immer noch junge Leute aufgenommen, die sich in der französischen Sprache zu vervollkommen und zugleich auf den Handelsstand oder andere Berufsarten vorbereiten wünschen.

3.e.75. Lausanne.

Pension de jeunes personnes.

tenue par Mesdemoiselles Bujard aux environs de Lausanne, dans une situation charmante (Campagne du Jourdil, route d'Ouchy, près de l'Hotel Beau-Rivage).

3.e.674. Baden-Baden.

Pferde-Verkauf.

Zwei elegante dunkelgraue Schimmelhengste (Orloff-Race), 6 Jahre alt, über mittlerer Größe, gut eingefahren; ferner eine braune 6jährige Blacktroop-Stute...

3.e.570. Mannheim. Wir bringen hiermit zur Kenntnis, daß unsere Bezüge von...

Prima Peru-Guano.

eingetroffen sind und wir nunmehr in den Stand gesetzt sind, einlaufende Aufträge zu herabgesetzten Preisen unter Garantie für Realsität der Waare prompt zu effectuieren.

J. P. Lanz & Comp. in Mannheim.

3.e.678. Waldsbut.

Zu verkaufen.

find dem Unterzeichneten übergeben: im badischen Oberland und der Schweiz mehrere Landgüter und Bauernhöfe, Wasserwerke für Fabrikinrichtungen...

F. Bornhauser, Kommissionär in Waldsbut.

3.e.547. Ringolsheim.

Zu vermieten oder zu verpachten.

In Ringolsheim, 1/2 Meile von Bad Langenbrücken und der Eisenbahn entfernt, ist eine neugebaute Wohnung mit schöner Aussicht in die Rheinebene...

3.e.681. St. Georgen bei Freiburg.

Für Orgelbauer!

Zu die hiesige, im Neubau begriffene Kirche soll eine Orgel gefertigt werden, mit vollständiger Orgelstimme, vertheilt auf zwei Manuale und ein Pedal.

3.e.672. Freiburg.

Versteigerung.

das ganze Anwesen des seitherigen hiesigen Pyccums „Peterehof“ genannt, mitten in der Stadt Freiburg im Breisgau gelegen, enthaltend ein Haupt- und Seitengebäude...

3.e.338. Nr. 2172. Baden (Verpachtung).

Bauplätze-Versteigerung.

Die Eigentümer der Grundstücke auf bisheriger Gemeindefeld, östlich von der Kriegerstraße, westlich von der Rhein-Eisenbahn...

3.e.610. Karlsruhe.

Bauplätze-Versteigerung.

Die Eigentümer der Grundstücke auf bisheriger Gemeindefeld, östlich von der Kriegerstraße, westlich von der Rhein-Eisenbahn...

3.e.667. Nr. 134. Bergshausen (Holzversteigerung).

Versteigerung.

1 buchener, 1 eichener und 1 elsbener Ruppelholzstamm, 65 Rftr. buchene und 1/2 Rftr. eichene Scheiter, 11 1/2 Rftr. buchene und 4 Rftr. gemischte Prügeln...

3.e.666. St. Leon. (Holzversteigerung).

Versteigerung.

3.e.670. Nr. 117. Biegelhausen. (Holzversteigerung).

Freitag den 9. März, 1) aus der Abteilung Judenberg: 17 Stüch buchene Klöße, 126 Rftr. buchene Scheitbolz...

3.e.669. Nr. 620. Baden. (Öffentliche Bekanntmachung).

Die Wittwe des Landwirts Christoph Hedmann von Schwabhausen hat ein Einweihung in Besitz und Gewähr der Verlassenschaft ihres verstorbenen Gemannes gebeten...

3.e.919. Nr. 1843. Borbera. (Aufforderung).

Die Wittve des Landwirts Christoph Hedmann von Schwabhausen hat ein Einweihung in Besitz und Gewähr der Verlassenschaft ihres verstorbenen Gemannes gebeten...

3.e.857. Nr. 2700. Bruchsal. (Bekanntmachung).

Bruchsal, den 28. Februar 1866. Staatspapiere. Anleihen-Loose.

Table with columns for Staatspapiere, Anleihen-Loose, Wechsel-Kurse, and Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten. Includes various interest rates and prices for different securities.